

Stadträte uneins über Windkraft

Bürger enttäuscht: Gremium nahm die Beschlussvorlage nicht an — Gutachten

Zuhörerplätze bis auf den letzten gefüllt und eine gereizte Stimmung haben die Gräfenberger Stadtratssitzung beherrscht. Ein Thema lässt die Bürger nicht ruhen: die Windräder. Empfangen wurden Politiker und Zuhörer bereits von einem handgemalten Transparent, das die Position der Gegner der Windkraftanlagen deutlich macht.

GRÄFENBERG (rd) – Bürgermeister Werner Wolf hatte schon am Vorabend die Mitglieder des Gremiums per E-Mail über den Beschlussvorschlag des Kreisausschusses informiert, der auf einen Antrag der Kreisfraktionen der CSU und von Bündnis 90/Die Grünen, als Empfehlung an den Kreistag gehen soll.

Eindeutige Ablehnung

Zur Ablehnung nachhaltiger und irreversibler Schäden in der wirtschaftlichen Entwicklung des Tourismus im Naturpark Fränkische Schweiz/Veldensteiner Forst, so der Tenor des Beschlussvorschlages, spreche man sich mit allem Nachdruck gegen die Errichtung von Windkraftanlagen außerhalb der im Regionalplan dargestellten Vorbehaltsflächen aus.

Bürgermeister Wolf empfahl den Stadträten eindringlich, sich diesem Beschluss anzuschließen. Allerdings, so Wolf, solle sich die Stadt Gräfenberg vorbehalten, die Eignung der bestehenden Vorbehaltsgebiete bei Kasberg und Lilling im Hinblick auf den Abstand zu den bebauten Gebieten unter Berücksichtigung der heutigen technischen Möglichkeiten (Höhe der Windkraftanlagen) durch entsprechende Gutachten überprüfen zu lassen.

Hans-Jürgen Nekolla (SPD) war der erste der sich zu Wort meldete,

und seine grundsätzlich positive Einstellung für regenerative Energien, auch für Windkraftanlagen bekundete. Er forderte Weitsicht ein, deshalb solle ein Gespräch mit der Regierung von Oberfranken geführt werden, um mit einem positiven Planungskonzept eine Reduzierung der Vorbehaltsflächen zu erreichen.

Planungshoheit erhalten

Auch Heiko Kracker (GBL) vertrat die Ansicht, dass die Windräder im Buchwald und in der Flöß rechtlich nicht zu verhindern seien. Er plädiert für die Ausweisung geeigneter Gebiete um damit die bisherigen Vorbehaltsgebiete außer Kraft setzen zu können. So könne die Planungshoheit über das Gemeindegebiet erhalten bleiben. Darüber hinaus bot er als positives Beispiel die Stadt Hilchenbach an, die im Rothargebirge, einem Mittelgebirge ähnlich der Fränkischen Schweiz, einen Bürgerwindpark errichtet, und dadurch keine Einbußen im Tourismusgeschäft erlitten hat.

Helmut Deuerlein (FW) lehnte dagegen die Errichtung von Windkraftanlagen, zumal in der geplanten Höhe, grundsätzlich ab, weil sie nach seiner Ansicht eine Minderung der Wohn- und Lebensqualität bedeuteten.

„Monster verhindern“

Georg Schreyer (CSU) vermochte als Sprecher seiner Fraktion keine verbindliche Aussage über das Abstimmungsverhalten machen. Er selbst halte eine Verhinderung nur dann für möglich, wenn in Form einer Kooperation, andere, unter Umständen besser geeignete Flächen ausgewiesen und angeboten werden können.

Sein Fraktionskollege Hans Derfuß war bereit, den Vorschlag, wie er vom Bürgermeister formuliert worden war, mit zu tragen. Rainer Hamme-

rich (SPD) Neuzugang im Stadtrat sprach sich eindeutig gegen die Errichtung von Windrädern aus, weil er „solche Monster“ seinen Kindern und Enkelkindern nicht zumuten könne.

Renate Krause (FW) forderte zuerst eine Bestandsaufnahme, ehe man einer endgültigen Entscheidung von solcher Tragweite näher treten könne. Unterstützung erhielt sie von ihrer Fraktionskollegin Sylvia Hofmann, die auch das Amt des 3. Bürgermeisters wahrnimmt. Sie sieht eine massive Bedrohung ihrer Heimat.

Alternativen verpasst?

Hans Weber (FW) sah das Hauptproblem in den fehlenden Möglichkeiten die geforderten Mindestabstände zu den Wohngebieten einhalten zu können. Harald Kuhn (CSU) warf dem Bürgermeister vor, dass dieser schon vor fünf Jahren die Errichtung von Windkraftanlagen in der Fränkischen Schweiz abgelehnt habe, aber sich im Gegenzug zu wenig für die Nutzung anderer regenerativer Energien eingesetzt habe. Eine vom Stadtrat geforderte Nachverhandlung mit einem Energielieferanten sei bis heute nicht erfolgt.

Bürgermeister Wolf ging das Risiko ein, die eingangs vorgestellte Beschlussvorlage zur Abstimmung zu stellen und erlitt schließlich eine Niederlage: Mit sieben Stimmen gegen neun wurde der Beschluss abgelehnt.

Enttäuscht verließen die Zuhörer den Sitzungssaal, weil sie nach den übereinstimmenden, ablehnenden Voten der umliegenden, und damit befassten Gemeindevertretungen auch vom Gräfenberger Stadtrat eine klare Aussage erwartet haben.

Noch auf dem Rathausplatz bildeten sich danach kleine Diskussionsgruppen, die dort die Unentschiedenheit des Gräfenberger Stadtrates kommentierten.